



Rahmenvertrag für die Erbringung von Leistungen im Informatikbereich

basierend auf der Vergabe der öffentlichen Ausschreibung

(24194) 104 SPRINT (Software-Projekte realisieren und integrieren) **Los 1, Los 2, Los 3**

publiziert auf der Plattform www.simap.ch (Nr. am *Datum auswählen*)

abgeschlossen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelnd durch:

Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)
Fellerstrasse 21
CH-3003 Bern

nachstehend bezeichnet mit "Beschaffungsstelle"

für die

Bundeskanzlei BK
Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI
Monbijoustrasse 91
3003 Bern

nachstehend bezeichnet mit "Bedarfsstelle", gemeinsam nachstehend je einzeln oder zusammen „Vergabestelle“

und der Unternehmung

Genaue Firmenbezeichnung eingeben

Adresse eingeben

PLZ/Ort eingeben

nachstehend bezeichnet mit "Firma"

Inhaltsverzeichnis	
Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele	5
1 Vertragsgegenstand	5
2 Vertragsbestandteile	5
3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen	6
4 Leistungen der Firma	6
4.1 Leistungsbeschreibung	6
4.1.1 Übernahme der bestehenden Leistungen	7
4.1.2 Dokumentation und Abschlussarbeiten	7
4.2 Bezugsregelung	7
4.2.1 Ablauf Minitender	7
4.2.2 Bewertung der Angebote im Minitender	9
5 Qualitätssicherung	9
6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle	10
7 Schlüsselpersonen	10
8 Eskalationsverfahren	11
9 Bedingungen für die Abnahme von werkvertraglichen Leistungen	11
10 Change Management (Leistungsänderungen)	12
11 Erfüllungsort	12
12 Termine	13
13 Vergütung	13
14 Rechnungstellung / Zahlungsplan	14
15 Sozialversicherungen	14
16 Konventionalstrafen	15
17 Schutzrechte	15
18 Gewährleistung und Haftung	15
19 Weitere Bestimmungen	15
19.1 Integritätsklausel	15
19.2 Selbstdeklaration	15
19.3 Personensicherheitsprüfung	15
19.4 Subunternehmer	16
19.5 Schutz der Informatikmittel vor Cyberangriffen und Meldepflicht	16
19.6 Teuerungsausgleich	17
19.7 Offenlegungspflicht	17
19.8 Kreditvorbehalt	18
20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis	18
21 Keine einfache Gesellschaft	18
22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand	18
23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags	18
23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer	18
23.2 Rahmenvertragsänderungen	18
23.1 Kündigung aus wichtigem Grund	18

24	Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien.....	20
-----------	--	-----------

Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele

Auf Grundlage der öffentlichen Ausschreibung sowie der dazugehörigen Unterlagen vom **Datum auswählen** auf der Publikationsplattform www.simap.ch hat die Firma ein Angebot zu den von der Vergabestelle nachgefragten Leistungen eingereicht. Der Firma wurde mit Publikation Nr. **Nummer eingeben** auf www.simap.ch am **Datum auswählen** der Zuschlag erteilt. Die diesbezüglichen vertraglichen Bedingungen werden in der vorliegenden Vertragsurkunde sowie den dazugehörigen Bestandteilen geregelt.

Die zu realisierenden Projekte können zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nur teilweise bestimmt werden. Infolge dieser Ausgangslage vereinbaren die Parteien einen Rahmenvertrag.

Gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag werden mit Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte jeweils Einzelverträge in Form von Dienstleistungen und Werken zwischen der Firma und der Bedarfsstelle vereinbart. Verbindliche projektbezogene Leistungen ergeben sich jeweils erst aus den Einzelverträgen; aus der vorliegenden Vereinbarung ergibt sich weder eine Bezugspflicht der Vergabestelle noch eine Leistungspflicht der Firma.

1 Vertragsgegenstand

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Parteien für die Erbringung von Leistungen im Umfeld ICT-Entwicklungsleistungen von auftrags- und werkvertragsrechtlicher Natur.

Er bezweckt insbesondere die Herstellung eines koordinierten Prozesses im Rahmen der Realisierung von Einzelprojekten sowie die Harmonisierung der Abläufe mit Blick auf die bestehenden und zukünftigen Geschäftsbeziehungen.

2 Vertragsbestandteile

Die Bestimmungen der vorliegenden Vertragsurkunde gehen im Fall von Widersprüchen sämtlichen anderen Einzelverträgen und Nachträgen vor, sofern die Parteien darin nicht ausdrücklich und unter Hinweis auf eine Abweichung der vorliegenden Vertragsurkunde eine andere Regelung vorsehen.

Im Übrigen sind integrierende Bestandteile des vorliegenden Rahmenvertrages in nachstehender Rangfolge:

- a) Die vorliegende Vertragsurkunde inkl. allfälliger Nachträge dazu
- b) Die Anhänge zur vorliegenden Vertragsurkunde
- c) Die Ausschreibung sowie die dazugehörigen Unterlagen (insbesondere Pflichtenheft) für das Projekt (24194) 104 SPRINT
- d) Sämtliche Einzelverträge inklusive allfälliger Nachträge dazu
- e) Sämtliche Anhänge zu den Einzelverträgen inklusive allfälliger Nachträge dazu
- f) Es kommen die aufgrund der im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Leistungsgegenstände anwendbaren Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes zur Anwendung. Das heisst die AGB für:

Los 1, Los 2: - Werkverträge im Informatikbereich und die Pflege von Individualsoftware (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)

- Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)

- g) Das Angebot der Firma vom **Datum auswählen**
- h) Die konkretisierten Angebote der Firma im Rahmen der Abrufverfahren

Im Falle von Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die vorstehend genannte Rangfolge. Bei Widersprüchen zwischen den Anhängen innerhalb derselben Hierarchiestufe gilt, dass jüngere Bestimmungen älteren Bestimmungen vorgehen.

Das Angebot der Firma darf die anderen Vertragsbestandteile nicht modifizieren, sondern dient nur der Konkretisierung von Punkten, welche in den anderen Vertragsbestandteilen nicht hinreichend geregelt sind.

Die Vertragsparteien bestätigen mit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages, dass sie im Besitze der obgenannten Vertragsbestandteile sind und diese auch in der genannten Rangfolge anerkennen.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma sind wegbedungen.

3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen

Aus dem vorliegenden Rahmenvertrag entsteht für die Vergabestelle keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme irgendwelcher Leistungen (insbesondere keine Bezugspflicht beziehungsweise keine Mindestbezugspflicht oder dgl.) bei der Firma. Eine solche Pflicht entsteht ausschliesslich nur gestützt auf die Vereinbarung eines unter Bezugnahme und Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages zwischen den Parteien abgeschlossenen Einzelvertrages.

Der Abschluss eines gültigen und verbindlichen Einzelvertrages bedingt die Gültigkeit des vorliegenden Rahmenvertrages.

Die Beendigung des vorliegenden Rahmenvertrages führt nicht zur Beendigung eines während seiner Geltungsdauer und auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages. Die Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages gelten in diesem Falle als Bestandteil des auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages bis zu dessen Beendigung fort.

Einzelverträge werden grundsätzlich auf die Dauer der einzelnen Vorhaben abgeschlossen. Dies bedeutet, dass Einzelverträge über die Dauer des vorliegenden Rahmenvertrages hinaus vereinbart werden können, dies jedoch um maximal drei Jahre.

4 Leistungen der Firma

4.1 Leistungsbeschreibung

Die Firma erbringt gestützt auf den jeweils zwischen der Bedarfsstelle und der Firma abgeschlossenen Einzelvertrag die darin vereinbarten Leistungen im Zusammenhang mit Software Entwicklung. Die Leistungen der Firma während der Rahmenvertragslaufzeit umfassen:

Auftragsrechtliche Leistungen und Werkverträge

Los 1: Dieser Rahmenvertrag beinhaltet folgende Leistungen: Entwicklungsleistungen (< CHF 1 Mio) gemäss Pflichtenheft Anhang 3.1. Mit dem **Los 1** sollen spezialisierte Dienstleister beschafft werden, welche die jeweiligen Entwicklungs- und Supportprojekte ausführen können. Die in dem Los 1 zu erbringenden Dienstleistungen umfassen Entwicklungsleistungen, Cloud-Dienstleistungen sowie die Erstellung von Reportings und Auswertungen.

Los 2: Dieser Rahmenvertrag beinhaltet folgende Leistungen: Entwicklungsleistungen (CHF 1.0 Mio. bis < CHF 5.0 Mio.) gemäss Pflichtenheft Anhang 3.1. Mit dem **Los 2** sollen spezialisierte Dienstleister beschafft werden, welche die jeweiligen Entwicklungs- und Supportprojekte ausführen können. Die in dem Los 2 zu erbringenden Dienstleistungen umfassen Entwicklungsleistungen, Cloud-Dienstleistungen sowie die Erstellung von Reportings und Auswertungen.

Los 3: Dieser Rahmenvertrag beinhaltet folgende Leistungen: Integrationsleistungen gemäss Pflichtenheft Anhang 3.2. Mit dem **Los 3** soll spezialisierte Dienstleister beschafft werden, welche die jeweiligen Entwicklungs- und Supportprojekte unterstützen können. Die in dem Los 3 zu erbringenden Dienstleistungen umfassen Integrationsleistungen sowie die Qualitätskontrolle, das Risikomanagement und das Source Code Management.

Die Leistungen sind vollumfänglich als Optionen ausgestaltet. Das heisst, die Zuschlagsempfänger haben keinen Anspruch darauf, dass diese ganz oder teilweise bei ihnen bezogen werden. Der Bezug der Einzelleistungen ergibt sich aus dem nachstehenden Abrufverfahren.

4.1.1 Übernahme der bestehenden Leistungen

Die Firma ist bereit, die bestehenden Prozesse, Arbeitsinstrumente, Vorarbeiten, Projekte, Dokumentationen, angefangenen Arbeiten etc. nach Weisung der Bedarfsstelle zu übernehmen und die Bedarfsstelle bei der Leistungsübergabe vom bisherigen Leistungserbringer bestmöglich zu unterstützen.

4.1.2 Dokumentation und Abschlussarbeiten

Die Firma dokumentiert alle Leistungen in einer Granularität, die der Bedarfsstelle die bestimmungsgemässe Nutzung dieser Leistungen, den Betrieb, Unterhalt und Ausbau sowie eine Migration der Leistungen auf einen anderen Anbieter erlaubt.

Bei Beendigung des Rahmenvertragsverhältnisses insgesamt (insbesondere bei Kündigung) sowie bei Beendigung von Leistungen gestützt auf den jeweiligen Einzelvertrag ist der Bedarfsstelle eine andauernde und lückenlose Dokumentation der erbrachten Leistungen abzugeben. Diese Dokumentation ist immer Gegenstand der periodischen/projektbezogenen QS-Massnahmen gemäss Ziff. 5

Die Inhalte der Dokumentation werden im jeweiligen Einzelvertrag genau festgelegt.

Auf Verlangen hat die Firma der Bedarfsstelle die Abschluss- und Übergabearbeiten drei Monate vor Ablauf des Rahmenvertragsverhältnisses anzubieten. Diese beinhalten:

- Planung und Realisierung eines Abschluss- und Übergabe-Projekts.
- Nahtlose Übergabe der Leistungen und Lieferobjekte an mögliche, zukünftige Zuschlagsempfänger und diese mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen sowie nichts vorzukehren, was die Übertragung erschweren oder gefährden könnte.

4.2 Bezugsregelung

Für den Bezug von konkreten Leistungen wird ein Minitender durchgeführt. Der Ablauf wird nachfolgend detailliert beschrieben.

4.2.1 Ablauf Minitender

Zum Minitender eingeladen werden alle Zuschlagsempfänger **des jeweiligen Loses** aus der Ausschreibung «(24194) 104 SPRINT Software Projekte realisieren und integrieren».

Der Minitender erfolgt gemäss dem nachstehend beschriebenen Prozess:

1. Die Bedarfsstelle erstellt eine detaillierte Beschreibung der Mindestanforderungen und bewerteten Anforderungen, welche insbesondere eine ausführliche Beschreibung der zu erreichenden Arbeitsergebnisse und -ziele und der zu erbringenden Arbeitsleistungen enthält (Angebotsanfrage). Diese Angebotsanfrage wird den Firmen standardisiert über ein Tool zugestellt (z.B. MTM).
Es können auch sich aus den benötigten Leistungen ergebende Anforderungen an die einzusetzenden Mitarbeitenden aufgestellt werden. Der Anbieter bleibt im Übrigen aber frei, wie er die Arbeitsergebnisse und -ziele erreichen will. Der Bedarfsträger stellt diese Beschreibungen elektronisch als Angebotsanfrage den Zuschlagsempfängern zu. Die zu erbringenden Leistungen müssen entweder durch Mitarbeiter (max. 1'743 Std. pro Person/p.a.) erbracht oder als Gesamtauftrag (max. 10'000 Std. p.a.) geleistet werden. Die optionalen und/oder zwingenden Anforderungen an die Mitarbeiter bzw. an die Leistungserbringung werden erst im Abruf genauer spezifiziert.
2. Der Bedarfsträger beantwortet Fragen elektronisch und kann im Anschluss ein oder mehrere Meetings mit allen Anbietern inkl. Integrator gemeinsam durchführen, um das Auftragsverständnis vertieft zu klären. Die Termine für die gemeinsamen Meetings sind im Lastenheft vorzugeben und werden nicht vergütet. Kann ein Anbieter nicht teilnehmen, geht dies zu seinen Lasten.
3. Die Firma unterbreitet innert der in der Angebotsanfrage vorgegebenen angemessenen Frist ein elektronisches Angebot mit nachfolgenden Angaben. Für die Angebotserstellung wird keine Vergütung geleistet:
 - a) Lösungsbeschreibung, Leistungsbeschreibung, Vorgehen inkl. Abgrenzungen;

- b) Angaben zur Leistungserfüllung und zum Vorgehen basierend auf dem Lastenheft und dem Kriterienkatalog im Abrufverfahren;
- c) Schriftliche Bestätigung der in der Angebotsanfrage festgehaltenen Mitwirkungspflichten der Bedarfsstelle;
- d) Einhalten der Teilnahmebedingungen, Eignungskriterien und Technischen Spezifikationen aus der Ausschreibung;
- e) Verfügbarkeit im Rahmen der vom Bedarfsträger vorgegebenen Termin- und Kapazitätsplanung;
- f) Endzustand, Leistungsergebnisse, ggf. Bestätigung des vorgeschlagenen Abnahmeverfahrens;
- g) Detailterminplan auf Basis des Terminplans aus der Angebotsanfrage, ggf. Liefertermine;
- h) Kalkulation der Aufwände (Stundenschätzung für Erledigung des konkreten Einzelauftrags einschliesslich Stundensatz);
- i) Preis (Festpreis und/oder Stundensatz mit Kostendach)

Wichtig: Maximaler Ansatz bilden die im Ausschreibungsverfahren, welches Grundlage für diesen Rahmenvertrag bildet (vgl. Ziffer 2 Bst. c vorstehend), angebotenen Preise bzw. Stundenansätze exkl. MWST, welche in Ziffer 13 hiernach festgehalten werden.

4. Die abrufenden Ämter dürfen im Minitender ein «Horse Race» mit den zwei bestplatzierten Firmen für ein Proof of Concept durchführen oder den Auftrag direkt dem Erstplatzierten vergeben. Im Falle eines «Horse Race» werden beide Firmen im Minitender für den PoC mit mindestens je CHF 5'000.00 entschädigt. Die Vergütung muss im Verhältnis zur Dauer und Komplexität des PoC stehen. So sind auch höhere Vergütungen für ein PoC möglich, jedoch keine tieferen. Jene Firma, die den Zuschlag nach dem «Horse Race» erhält, baut auf den erarbeiteten Ergebnissen ihres PoC auf und kann diese Ergebnisse nicht nochmals in Rechnung stellen.
5. Das eingegangene Angebot wird mit den Angeboten der anderen Teilnehmer des Minitenders verglichen und entsprechend den Angaben in der jeweiligen Angebotsanfrage bewertet. Bei gleicher Punktzahl erhält der Anbieter des zuerst eingereichten Angebots den Auftrag (massgebend ist das Eingangsdatum des elektronisch eingereichten Angebots).

Preisbewertung: Alle Werte, die in der **Brandbreite von 75%** liegen, erhalten Punkte (lineare Interpolation zwischen 100% und 175%)
Alle Werte, die den tiefsten Wert um mehr als 175% überschreiten, erhalten 0 Punkte. Alle Angebote, welche gemäss Formel ein Resultat unter 0 ergeben, werden mit 0 Punkten bewertet (keine Minuspunkte).
6. Mit der Firma, deren Angebot die Anforderungen (vgl. nachstehend Bewertung der Angebote) am besten erfüllt, wird ein Einzelvertrag abgeschlossen.
7. Muss der Gewinner der Ausschreibung aus wichtigen Gründen auf die Ausführung des Auftrags verzichten, wird der Auftrag dem nächstplatzierten Anbieter im Minitender-Verfahren erteilt.
8. Die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren können beim Bedarfsträger innerhalb von 10 Tagen ein Gespräch verlangen (Debriefing). In begründeten Fällen können die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren eine Überprüfung durch BK-DTI mit anschliessendem mündlichen Debriefing erwirken. Das Abrufverfahren kennt keine Rechtsmittel. Entscheide von BK-DTI sind abschliessend.
9. Erstellen des Einzelvertrages (Auftrag und Werkvertrag) inkl. Verrechnungsinformationen durch die Bedarfsstelle und Weiterleitung an die Firma. Der Beginn der Arbeiten erfolgt frühestens nach Unterzeichnung durch beide Parteien. Der Einzelvertrag kann über die Laufzeit des Rahmenvertrages hinaus dauern. Die Laufzeit des Einzelvertrages richtet sich nach dem konkreten Vorhaben. Dies bedeutet, dass der Einzelvertrag bei Verzögerungen auch verlängert oder bei Projektänderungen angepasst werden kann. Der Einzelvertrag kann den Rahmenvertrag jedoch maximal um 3 Jahre überdauern (vgl. Ziff. 3 hiervor).

Besonderes: Bei umfangreichen Arbeiten kann im Einzelvertrag jederzeit auf weitere, im Rahmen des Abrufs zu erstellenden Dokumenten verwiesen werden (Spezifikation, Pflichtenheft, Angebot, Abnahmekriterien, Qualitätsmerkmale, etc.).

4.2.2 Bewertung der Angebote im Minitender

Die Muss-Kriterien sowie der Erfüllungsgrad der Zuschlagskriterien des Ausschreibungsverfahrens (vgl. Ziffer 2 Bst. c vorstehend) müssen während des Minitenders weiter erfüllt werden.

Die eingegangenen Angebote werden nach den nachstehend aufgeführten Anforderungen verglichen. Diese Anforderungen werden in der jeweiligen Angebotsanfrage für den Abruf mit Bezug auf das durchzuführende Projekt genauer konkretisiert. Ebenso wird ihre Gewichtung und Taxonomie für die bewerteten Anforderungen in der jeweiligen Angebotsanfrage festgelegt.

Die nachstehend aufgeführten Oberkriterien werden in der jeweiligen Angebotsanfrage konkretisiert.

Nr.	Bezeichnung Oberkriterien	Bemerkungen
OK1	Qualitäts- und leistungsbezogene Zuschlagskriterien (mind. ein OK1 je MiniTender)	Kann-Kriterien, welche zur Bewertung des Umfangs und der Qualität der geforderten Leistungen speziell für das Vorhaben des Abrufverfahrens (Minitender) definiert werden. Für die Bewertung können Referenzangaben verlangt und direkt beim Referenzgeber überprüft werden.
OK2	Preis (fixes Kriterium)	Stundensatz in CHF exkl. MwSt. für die geforderten Leistungen. Darf nicht höher sein als der in der Ausschreibung angebotene Stundensatz exkl. MwSt.
OK3	Assessment/Horse Race (optional)	Nach den präsentierten Vorträgen/erarbeiteten Ergebnissen des Anbieters werden ggf. Fragen zu Fachthemen gestellt.
OK4	Verfügbarkeit (fixes Kriterium)	Je nach Terminplan

Folgende **Mindestanforderungen** werden zwingend in der Angebotsanfrage abgefragt: Die Aufnahme weiterer Mindestanforderungen ist nicht zulässig.

Auftragsverständnis (OK1)

Preis (OK2)

Verfügbarkeit (OK4)

Ergänzend zu den Mindestanforderungen können weitere Qualitätskriterien (OK1) oder ein Assessment (OK3) in den Minitender aufgenommen werden.

5 Qualitätssicherung




Die Leistungsqualität der Firma und der eingesetzten Mitarbeitenden wird periodisch (mindestens halbjährlich) und bezogen auf das jeweilige Projekt, für das sie tätig ist, von der Bedarfsstelle (PL oder Linie) bewertet; die Ergebnisse werden zwischen den fachlichen und kommerziellen Schlüsselpersonen der Vertragsparteien besprochen.

Relevante Faktoren bei der Beurteilung sind:

- Termintreue und Aufwandstreue
- Qualität der Lieferobjekte / Dienstleistungen
- Qualität der Mitarbeitenden
- Qualität der Angebote im Abrufverfahren












- Dokumentation der Leistungsresultate
- Preis-Leistungsverhältnis

Dabei wird pro Auftrag und Mitarbeitenden eine Bewertung im Sinne einer Status-Ampel vorgenommen:

 (Grün) Einwandfreie, gute Leistung	 (Gelb) Mittelmässige Leistung	 (Rot) Ungenügende Leistung
<ul style="list-style-type: none"> - Termintreu, Aufwand im Plan - Qualität ohne Einschränkungen - Einwandfreie, lückenlose, gut verständliche Dokumentation - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität ist gegeben 	<ul style="list-style-type: none"> - Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Qualität mit Einschränkungen - Mangelhafte Dokumentation - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität ist mehrheitlich nicht gegeben 	<ul style="list-style-type: none"> - Massive Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Ungenügende Qualität - Keine oder nicht nachvollziehbare Dokumentation - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den Zuschlagskriterien hinsichtlich der Qualität ist nicht gegeben

Resultierend aus den Einzelbewertungen erfolgt eine Gesamtbewertung über alle Einzelbewertungen, welche die Zufriedenheit über den beobachteten Zeitraum wiedergibt.

Konsequenzen der Beurteilung in Relation zur Anzahl/Periode:

Anzahl	Status	Massnahme
1		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten.
		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
2	 + ( \wedge )	Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
	 + 	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 23.3 angesehen werden.
3	 +  + ( \wedge )	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 23.3 angesehen werden.

6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle

Die Bedarfsstelle hat die folgenden Mitwirkungsobliegenheiten:

Zur Verfügung Stellung der für die vertragsgemässe Leistungserbringung notwendigen Informationen, Daten oder Kontaktpersonen, sofern die Firma keinen Zugang dazu hat.

Zusätzliche Mitwirkungsobliegenheiten können bei Bedarf im Einzelvertrag vereinbart werden.

7 Schlüsselpersonen

Auf Seite der Firma liegt die Gesamtverantwortung (single point of contact, SPOC) bei:

Name / Vorname	<i>Name / Vorname eingeben</i>
Funktion	<i>Funktion eingeben</i>
E-Mail	<i>E Mail Adresse eingeben</i>
Tel. Nr.	<i>Tel. Nr. eingeben</i>

Namensliste der Schlüsselperson bei der Firma

Auf Seite der Bedarfsstelle liegt die Gesamtverantwortung bei:

Name / Vorname	<i>Name / Vorname eingeben</i>
Funktion	<i>Funktion eingeben</i>
E-Mail	<i>E Mail Adresse eingeben</i>
Tel. Nr.	<i>Tel. Nr. eingeben</i>

Namensliste der Schlüsselperson bei der Bedarfsstelle

Die eingesetzten Mitarbeitenden und Schlüsselpersonen der Firma ergeben sich aus dem Angebot der Firma sowie aus dem jeweiligen Einzelvertrag.

Der freiwillige Austausch von eingesetzten Schlüsselpersonen und Mitarbeitenden bei der Firma ist nur mit vorgängig eingeholter Zustimmung durch die Bedarfsstelle zulässig.

8 Eskalationsverfahren

Im Falle von Uneinigkeiten erfolgt die Bereinigung gemäss dem nachstehenden Eskalationsverfahren. Eskalationsstufen auf Seiten der Vergabestelle:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	<i>Projektleiter</i>
2	<i>Projektauftraggeber auf Seiten der Auftraggeberin</i>
3	<i>Direktionsstufe</i>

Eskalationsstufen seitens Vergabestelle

Eskalationsstufen auf Seiten der Firma:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
2	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>
3	<i>Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben</i>

Eskalationsstufen seitens Firma

Das Eskalationsverfahren hat keinen Einfluss auf die geltende Unterschriftenregelung. Sobald eine Einigung erzielt werden konnte, ist für allfällige Vertragsanpassungen oder rechtsverbindliche Vertragsauslegungen innert nützlicher Frist die Zustimmung der jeweils zeichnungsberechtigten Personen einzuholen.

Sollte binnen 30 Tagen innerhalb einer Stufe keine Einigung erzielt werden können, so ist jede Partei berechtigt, die Meinungsdivergenz der nächsthöheren Ebene – bzw. nach dem Erreichen der höchsten Ebene, dem zuständigen Gericht – schriftlich zu unterbreiten. Dabei sind mindestens zu nennen: Inhalt der Meinungsverschiedenheit, Ursache aus Sicht der betreffenden Partei, Auswirkungen auf das Preis- und Leistungsverhältnis, Lösungsvorschlag bzw. -ansätze.

Die Parteien wenden dieses Instrument nach Treu und Glauben mit dem gemeinsamen Ziel der einvernehmlichen Bereinigung von Meinungsdivergenzen an. Jede Partei trägt dabei ihren eigenen Aufwand.

Das Eskalationsverfahren muss nicht durchlaufen werden, sofern es offensichtlich sinnlos bzw. zwecklos ist (namentlich Konkursfall der Firma, Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien tief erschüttert etc.).

9 Bedingungen für die Abnahme von werkvertraglichen Leistungen

Sofern es sich bei den abgerufenen Leistungen um Werkverträge handelt, werden die Abnahmetermine sowie Abnahmekriterien im jeweiligen Einzelvertrag vereinbart.

Vor der Übergabe des Leistungsgegenstandes erfolgt im Anschluss an die Funktionstests eine gemeinsame Prüfung (Abnahmetest). Die Firma lädt die Bedarfsstelle hierzu rechtzeitig ein. Über die Abnahmeprüfung und deren Ergebnis wird ein Protokoll erstellt, das beide Parteien unterzeichnen.

Allenfalls bei der Abnahmeprüfung auftretende Mängel werden wie folgt klassiert:

Klasse 1: Ein betriebswirtschaftlich oder technisch sinnvoller Einsatz der Leistung ist nicht möglich.

Klasse 2: Die Kernfunktionen der Leistung sind gewährleistet, aber eine wesentliche Teilfunktion fehlt oder liegt nur mangelhaft vor, wodurch der Einsatz der Leistung erschwert wird.

Klasse 3: Alle wesentlichen Funktionen der Leistungen sind gewährleistet, aber eine unwesentliche Teilfunktion fehlt oder liegt nur mangelhaft vor.

Zeigen sich bei der Abnahmeprüfung ein oder mehrere Mängel der Klasse 3 oder ein einzelner Mangel der Klasse 2, so findet die Abnahme gleichwohl mit Abschluss der Prüfung statt. Die Firma behebt umgehend die festgestellten Mängel oder ersetzt den mangelhaften Leistungsgegenstand durch eine mängelfreie Neuherstellung.

Zeigen sich bei der Abnahmeprüfung Mängel der Klasse 1 oder zwei oder mehr Mängel der Klasse 2, so wird die Abnahme zurückgestellt. Die Firma behebt umgehend die festgestellten Mängel oder ersetzt den mangelhaften Leistungsgegenstand durch eine mängelfreie Neuherstellung und lädt die Bedarfsstelle rechtzeitig zu einer neuen Abnahmeprüfung ein.

Wird die Abnahme zurückgestellt und dadurch der im Einzelvertrag festgehaltene Abnahmetermin überschritten, befindet sich die Firma ohne weiteres in Verzug.

Ist die Abnahmeprüfung auch beim zweiten Versuch erfolglos, kann die Bedarfsstelle nach Wahl:

- a) Einen dem Minderwert entsprechenden Abzug von der Vergütung machen oder
- b) die erforderlichen Unterlagen (namentlich den Quellcode sowie die für dessen Bearbeitung notwendigen Informationen und Dokumentationen) – soweit die Firma zur Herausgabe berechtigt ist – herausverlangen und die erforderlichen Massnahmen auf Kosten und Gefahr der Firma selbst vornehmen oder durch einen Dritten vornehmen lassen (sofern diese Personen über dieselben Mindestqualifikationen wie in Ziffer 4.1 dieses Rahmenvertrages verfügen und die Kosten nicht unverhältnismässig sind) oder
- c) vom Einzelvertrag zurücktreten.

Nach erfolgreicher Abnahme beginnt die Gewährleistungsfrist zu laufen.

Die Bestätigung der erfolgreichen Abnahme erfolgt unpräjudiziell irgendwelcher Garantieansprüche oder anderer Ansprüche.

Während der Gewährleistungsfrist können Mängel jederzeit gerügt werden. Die Fristen für die Rügepflicht nach Art. 201 und Art. 367 OR sind wegbedungen.

10 Change Management (Leistungsänderungen)

Die Parteien können jederzeit im Rahmen der Erfüllung abgeschlossener Einzelverträge schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bedarfsstelle eine Änderung, teilt die Firma innert 10 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie insbesondere auf die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung und die Termine hat. Die Bedarfsstelle entscheidet sich innert der gleichen Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht die Firma eine Änderung, so nimmt die Bedarfsstelle den begründeten Antrag innert der gleichen Frist an oder lehnt ihn ab.

Leistungsänderungen und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum jeweiligen Einzelvertrag schriftlich festgehalten.

Dabei dürfen das Kostendach bzw. der Festpreis, welche im vorliegenden Vertrag oder im jeweiligen Einzelvertrag festgelegt wurden, nicht überschritten werden.

11 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist die nachstehend genannte Adresse der Bedarfsstelle. Abweichende Regelungen können sich aus dem Einzelvertrag ergeben.

Standorte der Schweizerischen Bundesverwaltung in der Schweiz

12 Termine

Soweit in den Einzelverträgen vereinbarte Termine ausdrücklich als verzugsbegründend benannt sind, gilt:

Mit unbenutztem Verstreichen der Termine gerät die Firma ohne weiteres in Verzug, d.h. ohne, dass es einer Mahnung seitens der Bedarfsstelle bedarf.

Gerät die Firma in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den Bestimmungen der im Einzelvertrag anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 2).

13 Vergütung

Die Firma erbringt die Leistungen nach Massgabe der vorliegenden Vereinbarung und gestützt auf den jeweils abgeschlossenen Einzelvertrag wie folgt:

- Entweder zum Festpreis (inkl. Kalkulation der Aufwände in Stunden pro Personenprofil) oder
- nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Die anwendbaren Stundenansätze ergeben sich aus dem jeweiligen Angebot der Firma im Abrufverfahren.

Der maximale Umfang aller aus diesem Rahmenvertrag abrufbaren Leistungen ergibt sich aus der Publikation der Vergabe im Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz www.simap.ch (Anzahl geschätzte Stunden) und den Preisen im Angebot:

Los 1: Vergütung für optionale Leistungen:

CHF 138'400'000 (exkl. MWST)

Maximaler Stundensatz: CHF **Betrag eingeben** (exkl. MWST)

Maximales Gesamtkostendach: CHF 138'400'000 (exkl. MWST):

Los 2: Vergütung für optionale Leistungen:

CHF 50'000'000 (exkl. MWST)

Maximaler Stundensatz: CHF **Betrag eingeben** (exkl. MWST)

Maximales Gesamtkostendach: CHF 50'000'000 (exkl. MWST):

Los 3: Vergütung für optionale Leistungen:

CHF 33'000'000 (exkl. MWST)

Maximaler Stundensatz: CHF **Betrag eingeben** (exkl. MWST)

Maximales Gesamtkostendach: CHF 33'000'000 (exkl. MWST):

Alle Preise verstehen sich exklusive der zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Mehrwertsteuer.

In den Preisen sind sämtliche Nebenkosten (im Besonderen Spesen, Versicherungen, Sozialversicherungskosten/-beiträge etc.) enthalten und, wenn gefordert, sind diese im Rahmen des Abrufverfahrens gesondert auszuweisen.

Es gelten die folgenden Vorbehalte:

- Es besteht für die Firma kein Anspruch darauf, dass die Bedarfsstelle Leistungen bis zum Erreichen des vorgenannten maximalen Beschaffungsvolumens abrufen.
- Es werden nur Leistungen vergütet, welche gemäss den im Einzelvertrag getroffenen Vereinbarungen erbracht wurden.
- Die Leistungen aus diesem Rahmenvertrag und dazugehörigen Einzelverträgen können zugunsten der gesamten zentralen Bundesverwaltung abgerufen werden.

Der Abruf der Leistungen erfolgt unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Kredite und dem Fortschritt der Vorhaben.

Die Bedarfsstelle kann die Erbringung von Pikett und Leistungen ausserhalb der regulären Geschäftszeiten (Abend, Nacht sowie Samstag und Sonntag) in Ausnahmefällen schriftlich beauftragen und abrufen. Diese Massnahme muss mit einem Start- bzw. Endtermin versehen sein. Im entsprechenden Fall kann die Auftragnehmerin auf Basis des vereinbarten Stundensatzes aus dem Einzelvertrag die unten aufgeführten Zuschläge der Bedarfsstelle in Rechnung stellen.

- Montag bis Freitag 06.00 bis 23.00 Uhr kein Zuschlag
- Montag bis Samstag 23.00 bis 06.00 und Samstag 06.00 bis 23.00 Uhr 25% Zuschlag
- Sonn- und Feiertage 50% Zuschlag

Pikettleistungen sind im gegenseitigen Einverständnis unter Berücksichtigung der genannten Zuschläge im Einzelvertrag zu vereinbaren. Die Firma stellt sicher, dass die notwendigen Bewilligungen vorhanden sind.

Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach:

Die Firma erstellt für alle geleisteten Arbeitsstunden einen Rapport, der von beiden Vertragspartnern visiert wird. Der Rapport nennt den genauen Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, den Inhalt der Arbeit sowie deren Dauer. Der von der Firma unterzeichnete Arbeitsrapport hat unaufgefordert innert 10 Arbeitstagen seit Monatsende bei der Bedarfsstelle einzugehen. Zahlungen werden – unter der Voraussetzung der Genehmigung der Arbeitsrapporte durch die Bedarfsstelle – geleistet. Die Genehmigung der Bedarfsstelle hat dabei innert 10 Tagen seit Erhalt des Rapports zu erfolgen, sofern die Bedarfsstelle keine Vorbehalte gegen den Rapport anbringt. Allfällige Vorbehalte sind der Firma ebenfalls innert 10 Arbeitstagen seit Erhalt des Rapports schriftlich mitzuteilen.

14 Rechnungstellung / Zahlungsplan

Die Firma fakturiert der Bedarfsstelle ihre Leistungen mittels elektronischer Rechnung (E-Rechnung). Informationen der Bundesverwaltung zur E-Rechnung sind auf folgender Webseite verfügbar:

<https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/efv/erechnung/aktuell.html>

Die Rechnungsstellung wird im Einzelvertrag definiert. Abweichende bzw. ergänzende Vereinbarung vorbehalten, gilt:

- a) Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma stellt monatlich Rechnung. Sie legt der E-Rechnung die jeweiligen genehmigten Rapporte im PDF-Format bei. Die Bedarfsstelle leistet die Zahlung, sofern sie die Leistungsrapporte genehmigt hat.
- b) Bei Leistungen zu einem vereinbarten Festpreis: Die Firma stellt nach Genehmigung sämtlicher Rapporte / des Schlussrapports / des Schlussberichts Rechnung.
- c) Bei Leistungen zu einem Festpreis mit Zahlungsplan: Die Firma stellt E-Rechnung für Teilzahlungen gemäss dem im Einzelvertrag definierten Zahlungsplan zu den vereinbarten Bedingungen. Zahlungen für Teilleistungen werden nur zur Zahlung fällig, sofern die dafür geltenden Voraussetzungen gemäss Einzelvertrag erfüllt sind.

15 Sozialversicherungen

Die aufgrund des vorliegenden Rahmenvertrages und gestützt darauf gemäss vereinbarten Einzelverträgen zu erbringenden Tätigkeiten / Leistungen gelten sozialversicherungsrechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit. Die Firma ist somit selbst besorgt, die Beiträge für sich und ihre Mitarbeitenden mit ihrer AHV-Ausgleichskasse abzurechnen. Die Bedarfsstelle schuldet der Firma und deren Mitarbeitenden somit keine Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, usw.) oder anderweitige Entschädigungsleistungen, wie namentlich bei Ferien, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Tod.

Sollte die AHV-Ausgleichskasse diesen Vertrag entgegen den Erwartungen in einem späteren Zeitpunkt als unselbständige Erwerbstätigkeit qualifizieren und Sozialversicherungsbeiträge bei der Auftraggeberin einfordern, verpflichtet sich die Firma, diese der Auftraggeberin nachträglich gegen Rechnungsstellung innert 30 Tagen zu ersetzen.

16 Konventionalstrafen

Verletzt die Firma Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit von Frau und Mann (Ziff. 5 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)), Termine (Ziff. 14 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024) bzw. 20 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)) oder Geheimhaltungspflichten (Ziff. 16 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024) bzw. 22 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)), schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss der entsprechenden Ziffer der AGB. Betreffend die Integritätsklausel wird auf nachstehende Ziff. 19.1 verwiesen.

17 Schutzrechte

Alle bei der Vertragserfüllung entstandenen Schutzrechte gehören der Vergabestelle (Ziff. 18 der AGB für Informatikdienstleistungen (Ausgabe Oktober 2010, Stand Januar 2024)). Auch allfällige Eigentumsrechte an den Arbeitsergebnissen, welche die externen Mitarbeitenden im Laufe der Vertragserfüllung erzielt bzw. entwickelt oder weiterentwickelt haben, gehen ausschliesslich auf die Vergabestelle über. Solche Arbeitsergebnisse dürfen von externen Mitarbeitenden selbst oder von der Firma nicht anderweitig verwendet werden.

18 Gewährleistung und Haftung

Die Haftung für diesen Rahmenvertrag ergibt sich aus Ziff. 20 AGB DL.

Die Haftung und Gewährleistung aus dem Einzelvertrag ergeben sich aus den Bestimmungen der im Einzelfall anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 2).

19 Weitere Bestimmungen

19.1 Integritätsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat die Firma der Vergabestelle eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der kumulierten Vertragssumme sämtlicher Einzelverträge, welche zum fraglichen Zeitpunkt mit der Firma abgeschlossen wurden, mindestens aber CHF 3'000.-- je Verstoss.

Die Firma nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoss gegen die Integritätsklausel in der Regel zu einer Auflösung des Vertrages aus wichtigen Gründen durch die Vergabestelle führt.

19.2 Selbstdeklaration

Die Firma hat mittels Selbstdeklarationsformular der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) die Einhaltung der anwendbaren Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, der Melde- und Bewilligungspflichten gemäss Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA, SR 822.41), der Lohngleichheit von Frau und Mann, des Umweltrechts und der Regeln zur Vermeidung von Korruption bestätigt (Art. 12 BöB, SR 172.056.1; Art. 4 und Anhang 3 VöB, SR 172.056.11).

Die Firma hat zudem mittels Selbstdeklarationsformular SECO die Einhaltung der Massnahmen im Zusammenhang mit der Ukraine gemäss Artikel 29c (SR 946.231.176.72, «**Verordnung**») bestätigt.

19.3 Personensicherheitsprüfung

Die Bedarfsstelle kann bei der Fachstelle PSP VBS eine Personensicherheitsprüfung anfordern. Die eingesetzten Mitarbeitenden der Firma haben sich auf erstes Verlangen der Bedarfsstelle der Über-

prüfung der im konkreten Fall erforderlichen Stufe gemäss der Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen (VPSP) vom 8. November 2023 (SR 128.31, im Folgenden: VPSP) zu unterziehen. Der vorliegende Vertrag kann ganz oder teilweise aufgelöst werden, wenn die Personen nicht als unbedenklich beurteilt werden (Art. 154 OR).

Die Bedarfsstelle entscheidet, ob die Firma verpflichtet wird, die betreffenden Mitarbeitenden innert 14 Tagen durch gleichwertige Personen zu ersetzen, welche den Anforderungen genügen.

Bei einer ganzen oder teilweisen Vertragsauflösung wird im Falle der Erbringung der vereinbarten vertraglichen Leistungen nach Aufwand die nachgewiesen geleistete Arbeit zu den vereinbarten Stundensätzen vergütet. Falls jedoch als Entgelt ein Festpreis vereinbart wurde, trägt die Firma das ausschliessliche Risiko, dass für ihre Mitarbeitenden keine Sicherheitserklärungen erlassen werden.

19.4 Subunternehmer

Die Firma darf Subunternehmer nur nach vorgängiger schriftlicher Zustimmung der Bedarfsstelle beiziehen oder auswechseln. Die Bedarfsstelle wird ihre Zustimmung nicht ohne wichtigen Grund verweigern. Die Firma hat im Fall einer Weigerung das Recht, die Sache gemäss Ziff. 8 Eskalationsverfahren zu eskalieren.

Dem Beizug der **Firmenname eingeben** wird hiermit zugestimmt.

Die Firma bleibt gegenüber der Vergabestelle für das Erbringen der Leistungen und den Ersatz von Schäden durch Subunternehmer verantwortlich, wie wenn sie selbst gehandelt hätte.

19.5 Schutz der Informatikmittel vor Cyberangriffen und Meldepflicht

I. Die Firma verpflichtet sich, ihre Informatikmittel (d.h. Mittel der Informations- und Kommunikationstechnik, namentlich Anwendungen, Informationssysteme und Datensammlungen sowie Einrichtungen, Produkte und Dienste, die zur elektronischen Verarbeitung von Informationen dienen) mit potenzieller Berührung zum vorliegenden Vertragsgegenstand nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik vor Cyberangriffen dem Risiko angemessen zu schützen.

Die Firma stellt sicher, dass die von der Bedarfsstelle vordefinierten Aktivitäten aufgezeichnet und diese Aufzeichnungen laufend ausgewertet werden, um Cyberangriffe frühzeitig erkennen und abwehren zu können.

Die Firma ist verpflichtet, die Verwirklichung einer erkannten Gefahr wirksam zu verhindern, deren Behebung umgehend einzuleiten und die Bedarfsstelle unverzüglich darüber zu informieren.

Die Firma behebt vor, während oder nach einem Cyberangriff entdeckte Schwachstellen (d.h. Schwächen oder Fehler in Informatikmitteln mit dem Potenzial, einen Cyberangriff zu ermöglichen) umgehend und auf eigene Kosten.

Als «Cyberangriff» gilt jedes absichtlich ausgelöste Ereignis bei der Nutzung von Informatikmitteln, das dazu führt, dass die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität von Informationen oder die Nachvollziehbarkeit ihrer Bearbeitung beeinträchtigt ist.

II. Die Firma verpflichtet sich, bei der Bearbeitung von Daten und Informationen des Bundes die Anforderungen und Vorgaben des Datenschutzgesetzes (DSG¹) und des Informationssicherheitsgesetzes (ISG²) unter Einschluss der jeweiligen Ausführungsverordnungen sowie zum IKT-Grundschutz des Bundes zu beachten und einzuhalten. Sie überträgt diese Verpflichtungen auf von ihr beigezogene Dritte (z.B. Zu- und Unterlieferanten, Substituten, Subunternehmer).

III. Die Firma meldet potenziell erfolgreiche Cyberangriffe, wenn also die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität oder Nachvollziehbarkeit von Informationen des Bundes direkt oder indirekt gestört oder gefährdet sind oder solches beabsichtigt wurde. Dies gilt insbesondere, wenn die angegriffenen Informatikmittel Zugang zu Informatikmitteln des Bundes haben oder wenn Anzeichen dafür bestehen, dass diese Angriffe zur Vorbereitung weiterer Cyberangriffe ausgeführt wurden oder mit Erpressung, Drohung oder Nötigung verbunden sind. Die Firma meldet Art und Ausführung eines solchen Cyberangriff

¹ Bundesgesetz vom 25. September 2020 über den Datenschutz, SR 235.1

² Bundesgesetz vom 18. Dezember 2020 über die Informationssicherheit beim Bund, SR 128

spätestens innert 48 Stunden nach Entdeckung. Die Parteien tauschen sich dann laufend über Art und Ausführung, mögliche und tatsächliche Auswirkungen, geplante und getroffene Massnahmen aus.

Die Meldungen sind an folgende Stellen zu richten:

- Bedarfsstelle (Ansprechperson gemäss Einzelvertrag), und
- Bundesamt für Cybersicherheit (BACS, ex NCSC) via online-Formular³

Sofern die Bedarfsstelle oder das BACS es zum Schutz der Daten und Informationen des Bundes für notwendig erachten, gewährt die Firma ihnen und von ihnen für die Vorfallobarbeitung beigezogenen Dritten unverzüglich Zugang zu Analysen, Untersuchungsberichten und anderen Feststellungen und Informationen (Dokumente, Daten, Log-Daten, Gegenstände etc.), die es erlauben, den Cyberangriff und dessen Auswirkungen zu analysieren und abzuwehren.

IV. Die Firma erbringt der Bedarfsstelle halbjährlich unaufgefordert und ohne separate Verrechnung Nachweise zu ihrer Cybersicherheit in elektronischer Form. Sofern diese Nachweise als ungenügend erachtet werden oder wenn Hinweise auf Lücken in der Cybersicherheit bestehen, kann die Bedarfsstelle (oder ein Dritter in ihrem Auftrag) bei der Firma und von ihr beigezogenen Dritten Audits zur Cybersicherheit durchführen. Solche Audits werden 30 Arbeitstage zum Voraus angekündigt. Jede Partei trägt ihre Kosten des Audits selbst. Sollten jedoch im Rahmen eines Audits wesentliche Mängel der Cybersicherheit festgestellt werden, trägt die Firma neben den eigenen Kosten und den Aufwänden zur Behebung zusätzlich die Audit-Kosten der Bedarfsstelle.

V. Die Firma schuldet eine Konventionalstrafe, sofern sie ihren Meldepflichten aus den Ziffern I – IV gegenüber der Bedarfsstelle nicht oder nicht fristgerecht nachkommt oder entdeckte Schwachstellen bzw. festgestellte Mängel nicht umgehend behebt. Diese beträgt je Verletzungsfall 10% der kumulierten Vertragssumme sämtlicher Einzelverträge, welche zum fraglichen Zeitpunkt mit der Firma abgeschlossen wurden, mindestens jedoch CHF 10'000.-- je Fall. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die Firma nicht von der Einhaltung ihrer vertraglichen Pflichten. Die Konventionalstrafe wird auf einen allfälligen Schadenersatz angerechnet.

VI. Die Firma haftet für den Schaden, welcher der Bedarfsstelle durch Cyberangriffe und die Nichteinhaltung der Bestimmungen in Ziff. I – IV entsteht, sofern sie nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft.

VII. Die Firma verpflichtet sich, eine der vorliegenden Art und dem Schadensrisiko entsprechend angemessene Haftpflichtversicherung abzuschliessen und die ausreichende Versicherungsdeckung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nachzuweisen. Die auf das Versicherungsverhältnis anwendbaren Versicherungsbedingungen sind vor Abschluss der Versicherung der Bedarfsstelle zur Kontrolle vorzulegen.

19.6 Teuerungsausgleich

Die Vertragsparteien können unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten auf das Ende eines Kalenderjahres, jedoch frühestens 1 Jahr nach Vertragsabschluss schriftlich und substantiiert begründet eine Anpassung der Preise verlangen. Eine Anpassung erfolgt höchstens im Umfang der Entwicklung des Schweizerischen Landesindex der Konsumentenpreise bis zum Zeitpunkt des Antrags und dies auch nur insofern die Indexänderung mehr als 5 Prozentpunkte seit der letzten Preisfestlegung beträgt. Als Ausgangspunkt dient der Indexstand jenes Monats, in welchem der Vertrag durch alle Parteien unterzeichnet wurde

19.7 Offenlegungspflicht

Die Firma hat zur Kenntnis genommen, dass die Vergabestelle auf Gesuch hin Dritten Zugang zu diesem Vertrag und allfälligen Nachträgen oder Anhängen zu gewähren hat, wenn die Vorgaben des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) erfüllt sind. Die Vergabestelle konsultiert in der Regel die Firma, wenn es die Gewährung des Zugangs in Betracht zieht, und gibt ihr Gelegenheit zur Stellungnahme innert zehn Tagen. Die Vergabestelle informiert die Firma über ihren Entscheid zum Zugangsgesuch (Artikel 11

³ Verfügbar auf <https://www.report.ncsc.admin.ch/de/>

BGÖ). Wenn die Vergabestelle gegen den Willen der Firma Dritten den Zugang zum Vertrag ganz oder teilweise zu gewähren hat, kann die Firma innert 20 Tagen nach Empfang des Entscheids der Vergabestelle dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten schriftlich einen Schlichtungsantrag stellen (Artikel 13 BGÖ).

19.8 Kreditvorbehalt

Vorbehalten bleiben die jährlichen Kreditanträge und -beschlüsse der zuständigen Organe des Bundes zu Voranschlag und Finanzplan.

19.9 Open Source Software (OSS)

19.9.1 Die Bedarfsstelle behält sich vor, spezifisch für sie entwickelten Quellcode der Applikation/en in geeigneter Form als Open Source Software (nachfolgend OSS) zu publizieren bzw. durch die Firma zu lassen (Art. 9 Abs. 1 und 2 EMBAG) und zu pflegen.

19.9.2 Alle der Bedarfsstelle im Rahmen des Vertrages individuell entwickelte Software muss so konzipiert sein, dass sie von der Bedarfsstelle frei an Dritte weitergegeben bzw. publiziert werden kann. Die Software darf somit keine Komponenten enthalten, deren freie Weitergabe oder Publikation durch die Unternehmerin oder durch Dritte mit immaterialgüterrechtlichen Ansprüchen (insbesondere Urheberrechte, Designrechte oder Patentrechte) oder mit sonstigen Leistungsschutzrechten (insbesondere Ansprüchen gestützt auf das Bundesgesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb) untersagt werden kann.

19.1.3. OSS Softwarekomponenten (Programme, Bibliotheken, Tools etc.) dürfen im Rahmen der Vertragserfüllung nur in einer Weise eingesetzt werden, welche mit allen anwendbaren Lizenzen vereinbar ist. Die Unternehmerin wird insbesondere auch allfällige Inkompatibilitäten zwischen verschiedenen Open Source Lizenzbedingungen berücksichtigen.

19.1.4. Die Firma gewährleistet, dass sie sämtliche OSS-Komponenten deklariert hat, dass alle Verpflichtungen bzw. Bedingungen aus den anwendbaren Lizenzbedingungen (bspw. Copyright-Statements, Gewährleistungs-/Haftungsausschlüsse, Archivieren aller relevanten Softwareversionen etc.) erfüllt werden und dass zwischen den einzelnen Lizenzbedingungen der verschiedenen OSS Komponenten keine Konflikte bzw. Unverträglichkeiten bestehen.

19.1.5. In Bezug auf die Dokumentation der einzelnen Open Source Softwarekomponenten orientiert sich die Firma an den BSI Technical Guideline TR-03183: Cyber Resilience Requirements for Manufacturers and Products (Part 2: Software Bill of Materials SBOM) sowie an ISO/IEC/IEEE 15289:2019. Die Firma verpflichtet sich insbesondere, OSS-Komponenten gemäss den Bestimmungen der anwendbaren OSS-Lizenz zu deklarieren. Sie hat den/die Urheber der jeweiligen OSS-Komponente sowie die anwendbaren OSS-Lizenzen zu benennen. Die Deklaration sowie den Text der anwendbaren OSS-Lizenzen (nachfolgend "Deklaration") hat die Unternehmerin (falls nach den Lizenzbedingungen notwendig) in Absprache mit der Bestellerin, entweder dem Produkt beizulegen oder auf dem Produkt selber zugänglich zu machen. Die Bestellerin ist berechtigt, auf die Deklaration des Auftragnehmers zu verweisen oder diese zu reproduzieren.

19.1.6. Soweit sich nicht aus der Verwendung von vorbestehender Open Source Software selbst Publikationspflichten ergeben, wird die Firma neu entwickelten Code nur nach vorgängiger schriftlicher Zustimmung der Bestellerin unter einer von dieser festzulegenden OSS-Lizenzen publizieren. Sie berät die Bestellerin hinsichtlich der Wahl eines entsprechenden OSS Modells.

20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis

Die Forderungen, die der Firma aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis – einschliesslich der gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag abgeschlossenen Einzelverträgen – zustehen, dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Vergabestelle weder abgetreten, verpfändet noch in sonst irgendeiner Weise belastet werden. Die Firma hat alle aus diesem Rahmenvertrag und gestützt darauf in Einzelverträgen vereinbarten Rechte und Pflichten ihren allfälligen Rechtsnachfolgern zu überbinden. Eine Übertragung von Rechten und Pflichten oder von Teilen des Vertrages bzw. des gesamten

Rechtsverhältnisses bedarf der schriftlichen Zustimmung der Beschaffungsstelle. Die Beschaffungsstelle wird die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern.

21 Keine einfache Gesellschaft

Die Parteien bilden in keinem Fall eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff. des Schweizerischen Obligationenrechtes (SR 220).

22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Auf Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist ausschliesslich schweizerisches materielles Recht anwendbar unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht, CISG, SR 0.221.211.1).

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Bern, Schweiz.

23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags

23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer

Der vorliegende Vertrag tritt mit dessen allseitiger Unterzeichnung per 01.04.2025 in Kraft. Er ist gültig bis: 31.12.2033. Das Vertragsverhältnis endet ohne Kündigung mit Ablauf dieses Datums.

23.2 Rahmenvertragsänderungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

23.1 Kündigung aus wichtigem Grund

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, vor Ablauf der festen Vertragsdauer den Rahmenvertrag und/oder die Einzelverträge bei schwerwiegender Verletzung durch die andere Partei aus wichtigem Grund mittels schriftlicher Kündigung aufzulösen. Vor der Kündigung wird die kündigungswillige Partei der anderen Partei vorgängig eine angemessene Frist setzen, innerhalb welcher sie dieselbe zu vertragskonformer Leistung auffordert.

Die Vergabestelle ist insbesondere berechtigt, den Rahmenvertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn

- über die Firma der Konkurs eröffnet wird oder sie ein Gesuch um Nachlassstundung einreicht oder in Liquidation tritt;
- die Firma die Liquidation (ausgenommen der Fall einer freiwilligen Liquidation zum Zweck der Fusion oder einer Reorganisation) erklärt;
- die Firma mit der Beschlagnahme ihres Vermögens konfrontiert wird;
- die Firma ihren vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Rüge und dem Setzen einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund bleiben sonstige Ansprüche der Vertragspartner, einschliesslich Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Konventionalstrafen und die Geheimhaltungspflichten, unberührt.

24 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien

Die vorliegende Vertragsurkunde wird dreifach ausgefertigt. Jede beteiligte Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Die vorliegende Vertragsurkunde kann elektronisch unterzeichnet werden. Die Vertragsparteien anerkennen die elektronisch angebrachten Signaturen als rechtsgültig für den bindenden Vertragsabschluss.

Für die Beschaffungsstelle

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL

Ort und Datum:

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Bedarfsstelle

Bundeskanzlei BK, Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI

Ort und Datum:

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Firma

Firmenname

Ort und Datum:

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Verteiler:

Von diesem Vertrag werden drei Originale unterzeichnet und wie folgt deponiert:

- Bundesamt für Bauten und Logistik BBL
- Bundeskanzlei BK, Digitale Transformation und IKT-Lenkung DTI
- **Firma**

Anhänge:

Anhänge eingeben